



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bürokratie: DIN plant Verschärfungen bei Rauchwarnmeldern

11. Februar 2026

- **DIN will Anforderungen bei Rauchwarnmeldern verschärfen**
- **Bernreiter: „DIN hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt!“**
- **Ziel muss sein: einfach Bauen, weniger Bürokratie und Kosten**

Der Normenausschuss „Feuerwehrwesen“ des Deutschen Instituts für Normung (DIN) überarbeitet derzeit die Vorgaben für Rauchwarnmelder in Wohnhäusern – ein erster Entwurf sieht eine wesentliche Verschärfung der Anforderungen vor. Bauminister Christian Bernreiter: „Wir lehnen die Überarbeitung entschieden ab: Der Entwurf muss komplett zurückgezogen werden! Diese DIN-Norm wird nur zu mehr Bürokratie und höheren Wohnkosten führen – und das ohne relevanten Sicherheitsgewinn. Lobbyverbände versuchen sich hier auf Kosten aller Wohnenden neue Geschäftsfelder zu erschließen und verteuern das Bauen und die Mietnebenkosten dazu unnötig für den eigenen Gewinn. Der Normenausschuss hat die Zeichen der Zeit offensichtlich nicht erkannt!“

Mit dem Anhörungsverfahren zum Entwurf DIN 14676 „Rauchwarnmelder für Wohnhäuser, Wohnungen und Räume mit wohnungsähnlicher Nutzung – Teil 2: Anforderungen an Dienstleistungserbringer“ soll unter anderem eine neue „Fachkraft für Rauchwarnmelder“ etabliert werden – inklusive konkreter Anforderungen an Qualifikationen und Kompetenznachweise. Zudem soll neu eine verpflichtende betriebliche Dokumentation eingeführt werden. Diese DIN-Norm ist zwar bauordnungsrechtlich nicht verbindlich, hat aber zivilrechtliche Auswirkungen: Die Gerichte ziehen sie bei der Vertragsauslegung heran, zum Kostennachteil der Bewohner.

„Wohnen muss wieder kostengünstiger und erschwinglicher werden: Der aktuelle DIN-Entwurf führt aber in die komplett falsche Richtung. Dabei sehe ich – wie letztes Jahr beim Wohnungs-TÜV – auch das DIN in der Verantwortung. Ziel muss eine Beschränkung von Standards auf das Notwendige sein. Der vorliegende Entwurf verfehlt das ursprüngliche Ziel, das die Landesparlamente mit der Einführung der Pflicht für Rauchwarnmelder in Wohnungen erreichen wollten: einfach zu installierende und wartbare Geräte zur Warnung schlafender Bewohner vor Brandrauch. Stattdessen werden mit detaillierten Vorgaben für Planung, Montage und Wartung sowie der Einführung einer „Fachkraft“ neue Geschäftsfelder für Hersteller und Dienstleister geschaffen – offenbar vorangetrieben von Vertretern dieser Firmen, die im zuständigen DIN-Ausschuss über eine große Mehrheit verfügen. Ich habe Christoph Winterhalter, den Vorstandsvorsitzenden des DIN e.V. daher gebeten das Verfahren zu stoppen und die Norm zurückzuziehen“, sagt Bauminister Bernreiter und führt weiter aus: „Der bayerische Weg beim Bauen ist klar: Mit dem Gebäudetyp-e reduzieren wir überzogene Baustandards, senken so Kosten und hinterfragen bürokratische Vorgaben. In den bayernweit 19 Pilotprojekten setzen wir dazu gemeinsam mit unseren Partnern derzeit unterschiedliche Ansätze in der Praxis um und untersuchen die Ergebnisse systematisch. Dabei verzichten wir weder auf Sicherheit noch auf Qualität – im Gegenteil: kluge, einfache Lösungen sind vielfach für die Bewohner komfortabler und vor allem günstiger im Betrieb.“

